

Auswertung MDRfragt:

Demos und Proteste – was machen die mit unserer Gesellschaft?

Befragungszeitraum: 19.01.24 – 23.01.24

33.677 Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

Die Ergebnisse in der Übersicht:

- [Mehrheit sieht einen Einfluss auf politische Entscheidungen durch die Bauernproteste](#)

Themenbereich gesellschaftlicher Zusammenhalt:

- [Knapp Vier von Fünf bemängeln den Zusammenhalt in der Gesellschaft](#)
- [Mehr als zwei Drittel blicken pessimistisch auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ihrem Bundesland](#)
- [Für die Meisten wird gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Gerechtigkeit bestimmt](#)

Themenbereich politische Teilhabe:

- [Vier von Fünf blicken der politischen Zukunft ihres Bundeslandes pessimistisch entgegen](#)
- [86 Prozent wünschen sich weitere Optionen der politischen Beteiligung](#)
- [Knapp zwei Drittel halten direktdemokratische Entscheidungen in Deutschland für effektiv](#)
- [Mehrheit hält vor allem direktdemokratische Mitwirkung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene für sinnvolle Beteiligung](#)
- [Die Gesellschaft sehnt sich nach einer stärkeren politischen Teilhabe - so sehen das 74 Prozent](#)
- [43 Prozent finden, Demonstrationen spalten die Gesellschaft](#)
- [84 Prozent meinen, es gebe den Trend, eher über Proteste politische Entscheidungen zu beeinflussen als über Engagement in politischen Parteien](#)

Themenbereich Demonstrationsteilnahme:

- [Knapp jede und jeder Fünfte hat dieses Jahr bereits an einer Demo teilgenommen](#)
- [37 Prozent haben sich in den vergangenen fünf Jahren einem Protest angeschlossen](#)

Die Ergebnisse im Detail:

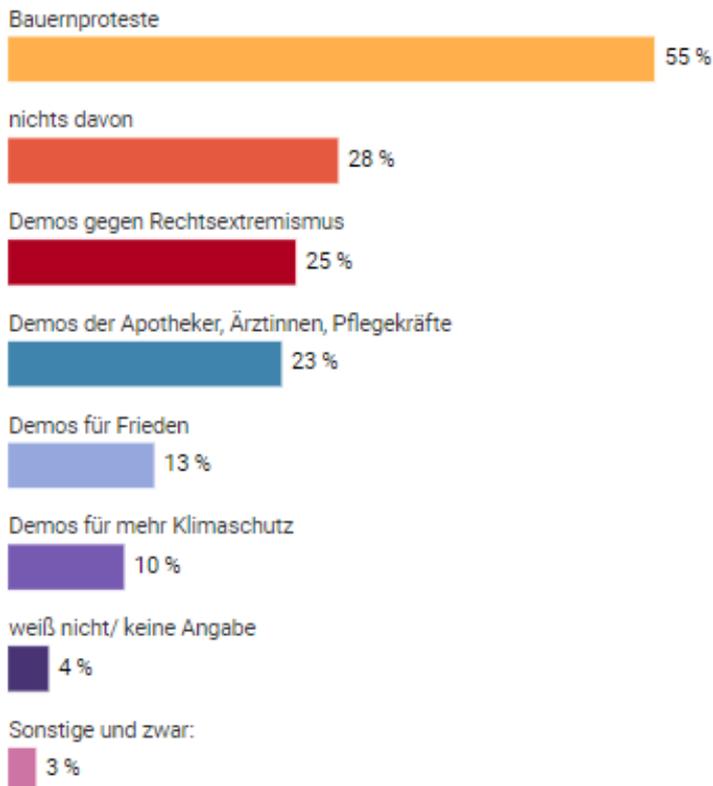
Mehrheit sieht einen Einfluss auf politische Entscheidungen durch die Bauernproteste

Welche Protestaktionen oder Demonstrationen der vergangenen Wochen haben einen Einfluss auf politische Entscheidungen?

- Mehr als die Hälfte (55 Prozent) der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, meinen, dass die Bauernproteste Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
- Knapp drei von zehn Befragten (28 Prozent) sehen bei keiner der jüngsten Protestaktionen oder Demos einen Auswirkungen auf politische Entscheidungen.
- Ein Viertel glaubt an einen politischen Einfluss durch die Demos gegen Rechtsextremismus.
- 23 Prozent haben den Eindruck, dass die Demos der Apotheker, Ärzte und Pflegekräfte politisch ins Gewicht fallen.
- Die Demonstrationen für Frieden haben politische Auswirkungen - meinen 13 Prozent.
- Jede und jeder Zehnte sieht einen politischen Einfluss durch die jüngsten Demonstrationen für mehr Klimaschutz.

Frage: Wenn Sie auf die Demos der vergangenen Wochen und Monate schauen: Bei welchen Demonstrationen haben Sie den Eindruck, dass sie einen Einfluss auf politische Entscheidungen haben? Sie können alles anklicken, was zutrifft.

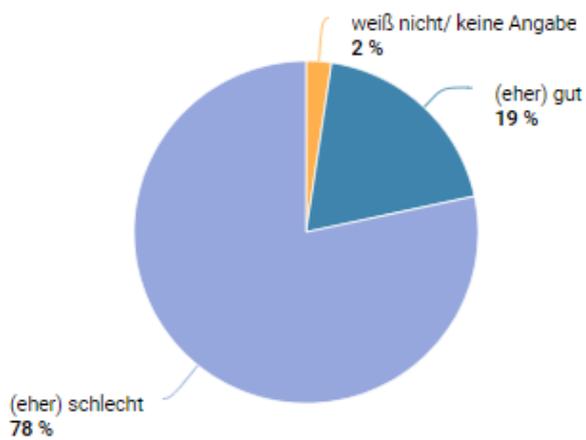
2



Knapp Vier von Fünf bemängeln den Zusammenhalt in der Gesellschaft

78 Prozent der Befragten aus der MDRfragt-Gemeinschaft sind mit dem derzeitigen Zusammenhalt in der Gesellschaft unzufrieden. 19 Prozent befinden ihn wiederum für (eher) gut.

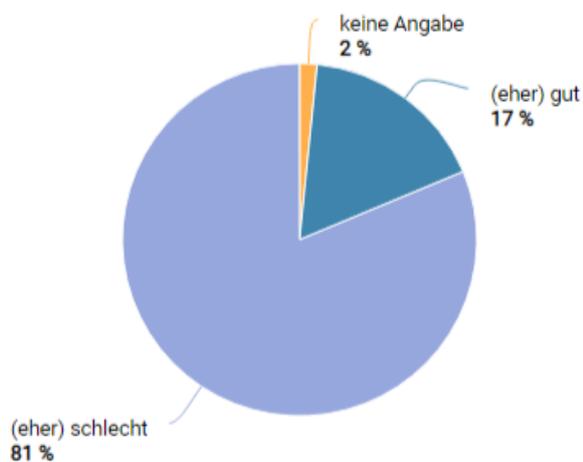
Frage: Was meinen Sie: Wie ist es alles in allem um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bestellt?



3

Ähnliche Ergebnisse zeigten sich bereits bei einer Befragung im Oktober 2022. 81 Prozent der MDRfragt-Teilnehmenden waren damals der Ansicht, dass es schlecht um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bestellt ist. Dass ein guter oder eher guter gesellschaftlicher Zusammenhalt herrscht, meinten dagegen nur 17 Prozent.

Frage: Was meinen Sie: Wie ist es alles in allem um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bestellt?



Der Altersgruppenvergleich zeigt, dass ältere Befragte tendenziell häufiger unzufrieden mit dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sind als jüngere Befragte.

Frage: Was meinen Sie: Wie ist es alles in allem um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bestellt?

● weiß nicht/ keine Angabe ● (eher) gut ● (eher) schlecht

16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



Mehr als zwei Drittel blicken pessimistisch auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ihrem Bundesland

Das zukünftige Miteinander in ihrem jeweiligen Bundesland schätzen die meisten Befragten eher negativ ein. Ein Drittel ist dagegen (eher) optimistisch.

Frage: Wenn Sie an die Zukunft in ihrem Bundesland denken: Sind Sie im Bereich **Zusammenhalt** eher optimistisch oder eher pessimistisch?

● (eher) optimistisch ● (eher) pessimistisch ● weiß nicht/ keine Angabe



Der Vergleich von Ergebnissen der drei Bundesländer in Mitteldeutschland zeigt, dass Befragte aus Sachsen und Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den Teilnehmenden aus Thüringen etwas häufiger optimistisch gestimmt sind, was den zukünftigen gesellschaftlichen Zusammenhalt betrifft.





Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

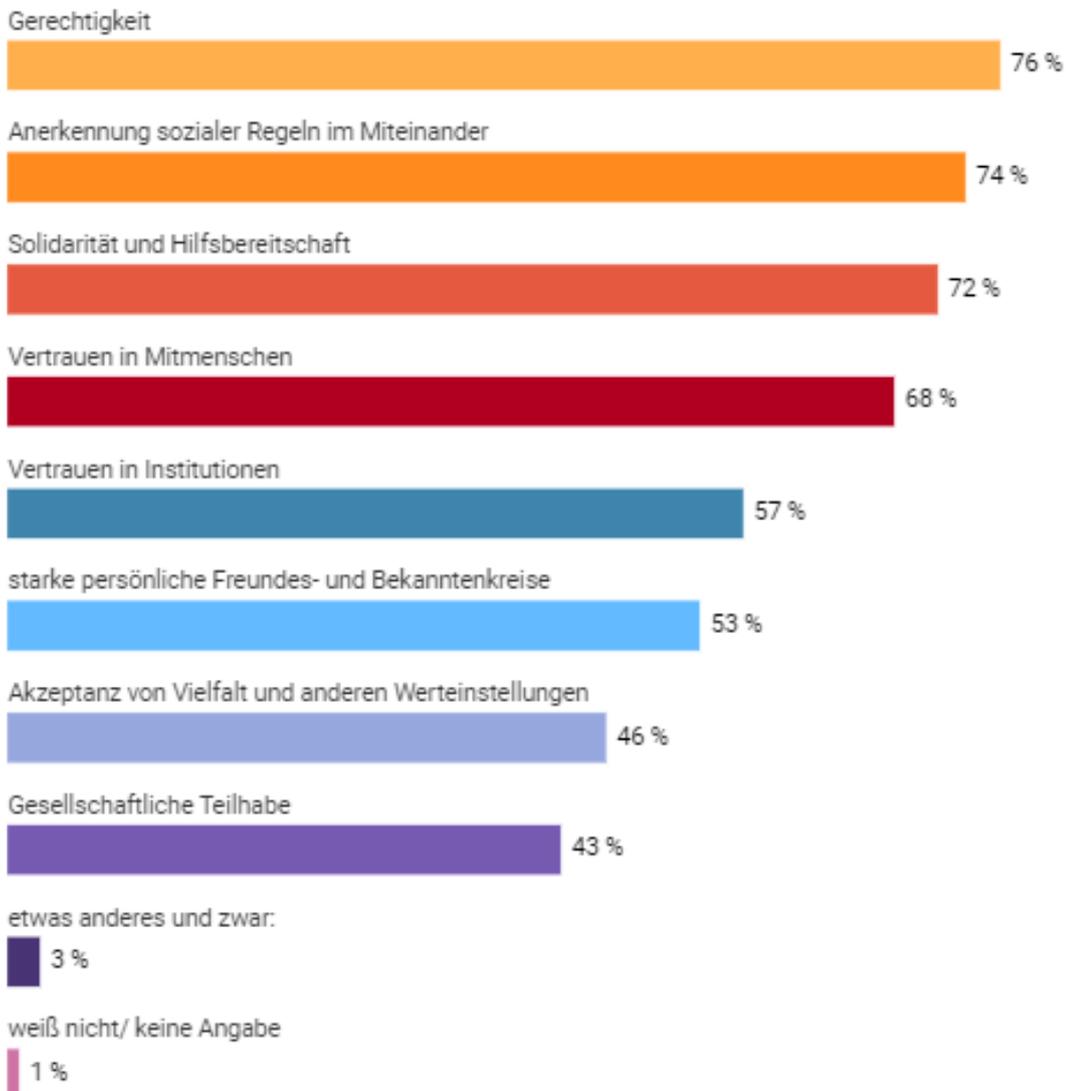
Für die Meisten wird gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Gerechtigkeit bestimmt

Welche Aspekte definieren einen gesellschaftlichen Zusammenhalt?

- Mehr als drei Viertel der Befragten (76 Prozent) erachten Gerechtigkeit in einer Gesellschaft als elementaren Faktor.
- Die Anerkennung sozialer Regeln im Miteinander spielt für 74 Prozent eine tragende Rolle.
- 72 Prozent der Befragungsmitglieder sehen Solidarität und Hilfsbereitschaft in einer Gesellschaft als wichtiges Merkmal für einen guten Zusammenhalt.
- Auch das Vertrauen in Mitmenschen (68 Prozent) und Institutionen (57 Prozent) werden mehrheitlich als Kriterium für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt gesehen.
- Für rund die Hälfte (53 Prozent) zählen starke persönliche Freundes- und Bekanntenkreise zu einem bedeutsamen Aspekt eines gesellschaftlichen Zusammenhalts.
- Akzeptanz von Vielfalt und verschiedenen Wertevorstellungen sind für 46 Prozent aller Befragten wichtig.
- 43 Prozent befinden gesellschaftliche Teilhabe als wichtiges Kennzeichen eines gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

Frage: Gesellschaftlicher Zusammenhalt hat verschiedene Aspekte und kann für verschiedene Menschen verschiedene Bedeutungen haben. Welche Aspekte gehören für Sie dazu? Bitte wählen Sie alles aus, was in Ihren Augen dazugehört.



Vier von Fünf blicken der politischen Zukunft ihres Bundeslandes pessimistisch entgegen

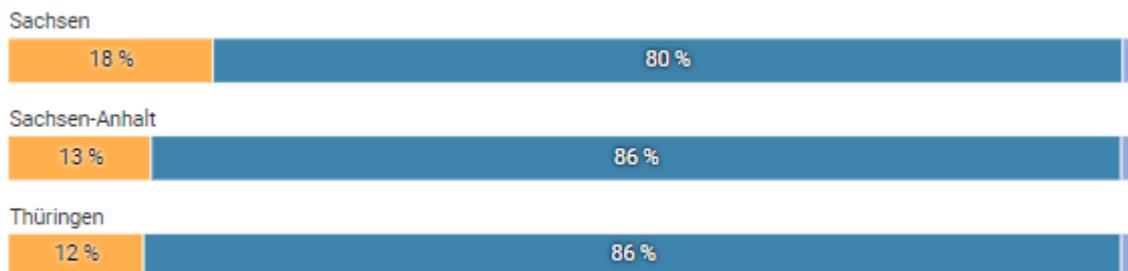
83 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Befragung schätzen die politische Entwicklung ihres Bundeslandes negativ ein. 15 Prozent zeigen sich hoffnungsvoll.

Frage: Wenn Sie an die Zukunft in ihrem Bundesland denken: Sind Sie im Bereich **Politik** eher optimistisch oder eher pessimistisch?

● (eher) optimistisch ● (eher) pessimistisch ● weiß nicht/ keine Angabe



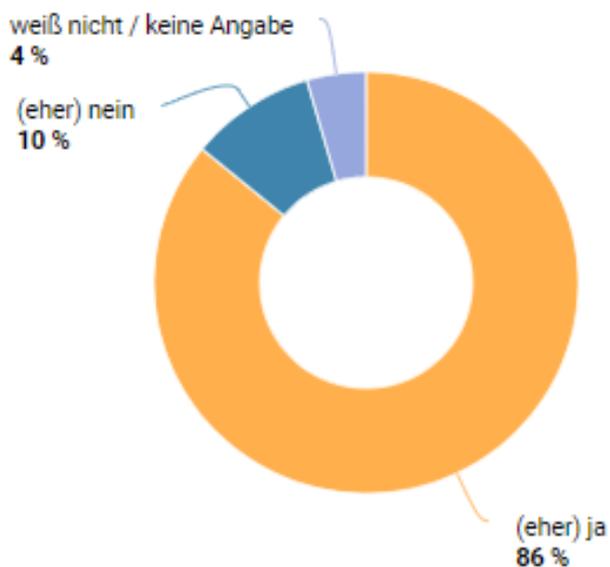
Im Vergleich der Ergebnisse der drei Bundesländer in Mitteldeutschland zeigt sich, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sachsen etwas häufiger optimistisch auf die politische Zukunft ihres Bundeslandes blicken als Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Thüringen und Sachsen-Anhalt.



86 Prozent wünschen sich weitere Optionen der politischen Beteiligung

Vier von Fünf (86 Prozent) wünschen sich eine Erweiterung an Möglichkeiten für politische Partizipation innerhalb der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Zehn Prozent wünschen sich diese nicht.

Frage: Denken Sie, dass die parlamentarische Demokratie in Deutschland durch mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger ergänzt werden sollte?



Knapp zwei Drittel halten direktdemokratische Entscheidungen in Deutschland für effektiv

Auf welche Art und Weise könnten in Deutschland politische Entscheidung getroffen werden, wenn nicht parlamentarisch?

- 63 Prozent der Befragten bewerten direktdemokratische Wege für geeignet.
- Die Teilnahme an Petitionen (40 Prozent), Demonstrationen (40 Prozent) oder das Engagement in einer Bürgerinitiative (37 Prozent) wird von jeweils mehr als einem Drittel als effektiv bewertet.
- 31 Prozent sehen die Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften als erfolgsversprechendes Mittel für politische Teilhabe.
- Jeweils weniger als 20 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer bewerten folgende Maßnahmen als erfolgsversprechend, um eine politische Entscheidung zu beeinflussen: die Mitarbeit in einer Partei (21 Prozent), einen Boykott (17 Prozent) und zivilen Ungehorsam (16 Prozent).

Frage: Neben den parlamentarischen Entscheidungswegen in Deutschland: Was ist aus Ihrer Sicht effektiv, wenn politisch etwas entschieden werden soll? Sie können alle Antworten anklicken, die Sie für zutreffend halten.

Direkte Demokratie (politische Entscheidungen werden direkt von stimmberechtigter Bevölkerung mit getroffen)

63 %

Petitionen, für die Unterschriften z.B. übers Internet gesammelt werden

40 %

Teilnahme an Demonstrationen

40 %

Engagement in einer Bürgerinitiative

37 %

Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften

31 %

Mitarbeit in einer Partei

21 %

Boykott

17 %

Ziviler Ungehorsam

16 %

weiß nicht/ keine Angabe

6 %

nichts davon

3 %

Sonstiges und zwar:

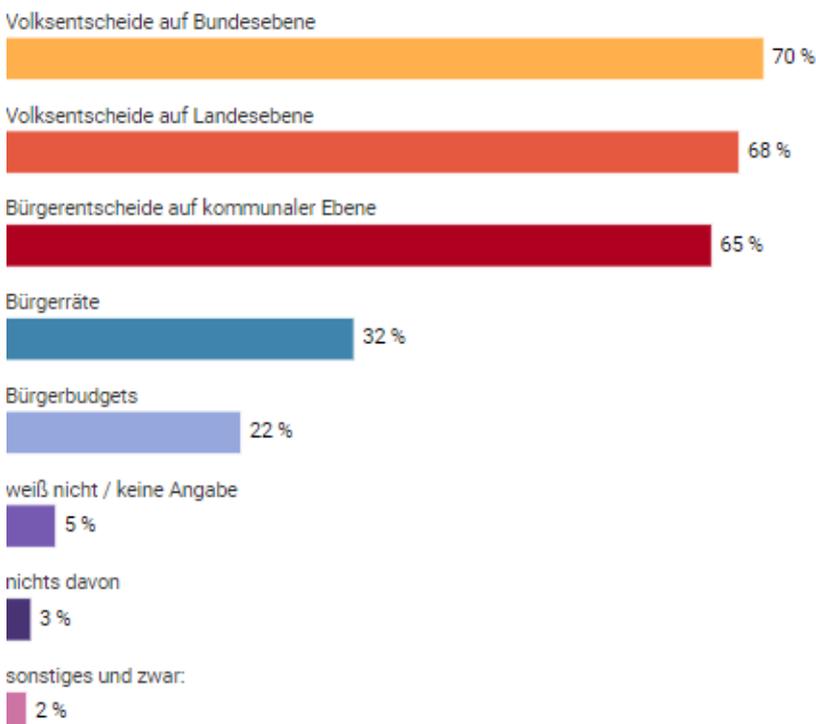
1 %

Mehrheit hält vor allem direktdemokratische Mitwirkung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene für sinnvolle Beteiligung

Welche Möglichkeiten der politischen Beteiligung für Bürgerinnen und Bürger werden für sinnvoll gehalten?

- Sieben von zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern (70 Prozent) aus der MDRfragt-Gemeinschaft halten Volksentscheide auf Bundesebene für zielführend.
- 68 Prozent halten sich diese auch auf Landesebene für sinnvoll.
- Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene halten knapp zwei Drittel (65 Prozent) für sinnig.
- Ein knappes Drittel sieht Potenzial im Instrument der Bürgerräte.
- Und 22 Prozent sehen in Bürgerbudgets ein sinnvolles Beteiligungsinstrument.

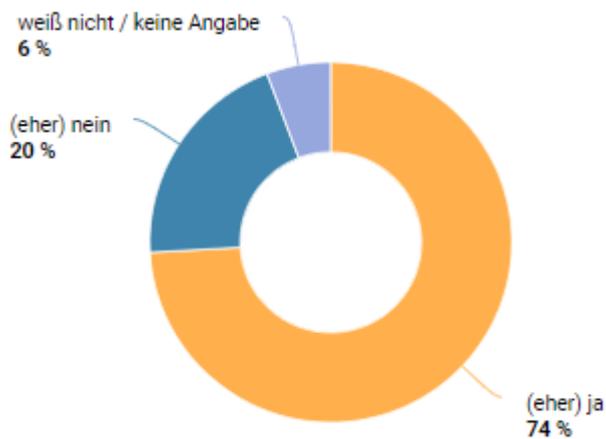
Frage: In Deutschland wird schon länger diskutiert, welche konkreten Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger verstärkt genutzt werden könnten. Volksentscheide auf Bundesebene sind bisher nur zulässig, wenn es um die Neugliederung des Bundesgebietes geht. In den Bundesländern gibt es aber auch Volksentscheide und auf kommunaler Ebene Bürgerentscheide. Auch Bürgerbudgets sollen mehr Teilhabe ermöglichen, indem Einwohner einer Gemeinde über einen Teil der Ausgaben mitentscheiden. Bürgerräte schließlich sollen die Politik bei Entscheidungen beraten. Welche dieser Wege sind aus Ihrer Sicht sinnvoll? Sie können alle Antworten anklicken, die Sie sinnvoll finden.



Die Gesellschaft sehnt sich nach einer stärkeren politischen Teilhabe - so sehen das 74 Prozent

In den vergangenen Wochen häufen sich Demonstrationen und Proteste. Knapp drei Viertel der Befragten (74 Prozent) leiten daraus ab, dass in der Gesellschaft der Wunsch nach politischer Partizipation gewachsen ist. 20 Prozent stimmen dieser Aussage nicht zu.

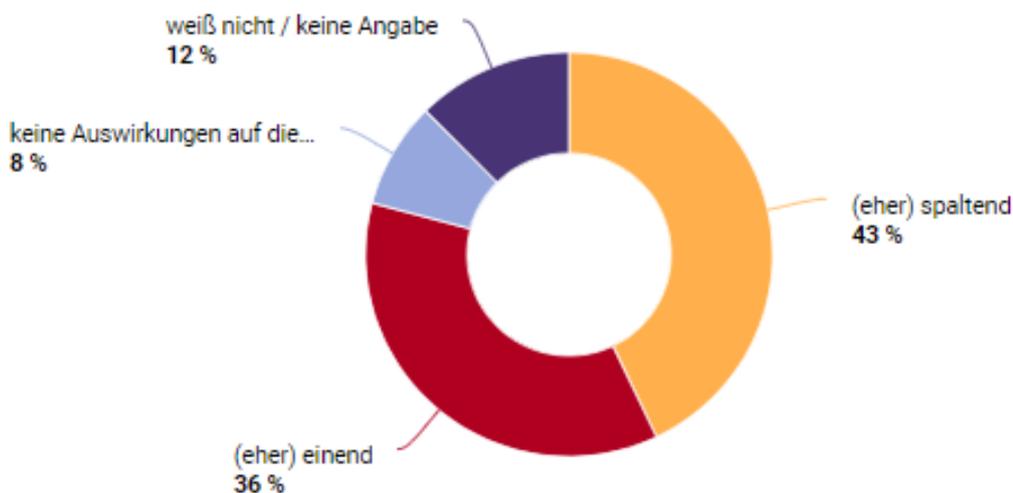
Frage: Derzeit wird viel demonstriert: Ist das aus Ihrer Sicht ein Zeichen, dass in unserer Gesellschaft das Bedürfnis nach Teilhabe gestiegen ist?



43 Prozent finden, Demonstrationen spalten die Gesellschaft

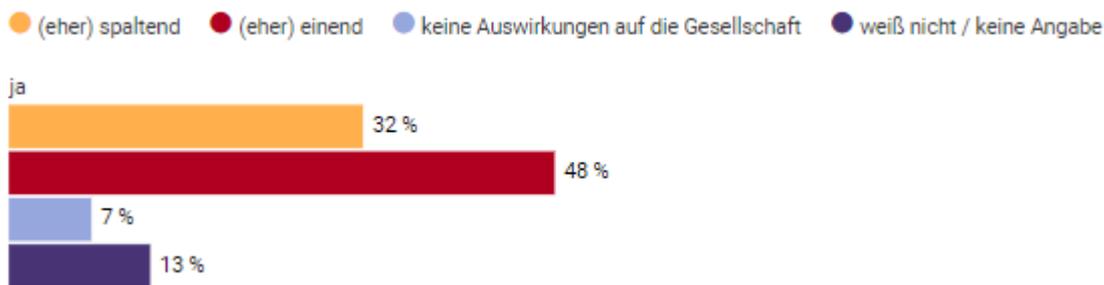
Demonstrationen spalten die Gesellschaft - meinen 43 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer. 36 Prozent sehen Demonstrationen (eher) als einend an. Knapp jede und jeder Zehnte (8 Prozent) sieht keine Auswirkungen auf die Gesellschaft. 12 Prozent wollten oder konnten zu dieser Frage keine Angabe machen.

Frage: Nach dem Grundgesetz haben alle Menschen in Deutschland das Recht, sich friedlich zu versammeln, um damit für oder gegen etwas zu demonstrieren. Es wird aber aktuell auch darüber diskutiert, dass die Proteste auf der Straße die Gesellschaft in Deutschland verändern. Was würden Sie sagen: Sind die Demonstrationen für die Gesellschaft eher spaltend oder eher einend?



Die Befragten, die selbst an einer der Demonstrationen oder Protestaktionen der vergangenen Wochen teilgenommen haben, empfinden Demonstrationen mehrheitlich als einend (48 Prozent). In dieser Gruppe nimmt knapp ein Drittel (32 Prozent) Demonstrationen als spaltend wahr.

Frage: Nach dem Grundgesetz haben alle Menschen in Deutschland das Recht, sich friedlich zu versammeln, um damit für oder gegen etwas zu demonstrieren. Es wird aber aktuell auch darüber diskutiert, dass die Proteste auf der Straße die Gesellschaft in Deutschland verändern. Was würden Sie sagen: Sind die Demonstrationen für die Gesellschaft eher spaltend oder eher einend?



Der Vergleich von Ergebnissen weiblicher und männlicher Befragungsteilnehmender zeigt, dass weibliche Befragte Demonstrationen häufiger als zusammenführendes Moment für die Gesellschaft sehen als männliche Befragte.

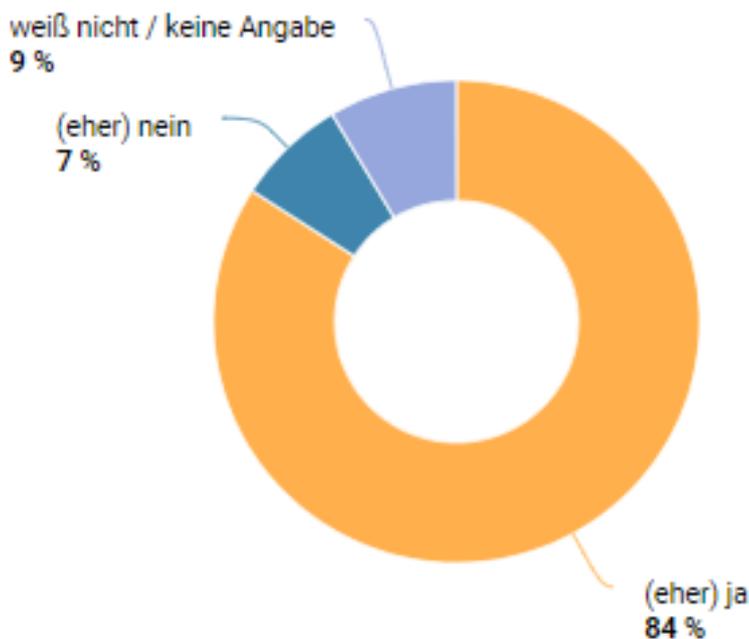
Frage: Nach dem Grundgesetz haben alle Menschen in Deutschland das Recht, sich friedlich zu versammeln, um damit für oder gegen etwas zu demonstrieren. Es wird aber aktuell auch darüber diskutiert, dass die Proteste auf der Straße die Gesellschaft in Deutschland verändern. Was würden Sie sagen: Sind die Demonstrationen für die Gesellschaft eher spaltend oder eher einend?



84 Prozent meinen, es gebe den Trend, eher über Proteste politische Entscheidungen zu beeinflussen als über Engagement in politischen Parteien

84 Prozent der Befragten aus der MDRfragt-Gemeinschaft sehen den Trend, dass Menschen versuchen, politische Entscheidungen eher durch Proteste zu beeinflussen als durch Engagement in politischen Parteien. 7 Prozent stimmen dieser Beobachtung nicht zu und 9 Prozent können oder wollen keine Angabe machen.

Frage: Seit 1990 haben die meisten Parteien deutlich Mitglieder verloren. Nach den Statistiken haben allein die Grünen und die AfD ein Wachstum der Mitgliederzahlen. Gleichzeitig gibt es derzeit viele Demonstrationen und Proteste. Was ist Ihr Eindruck: Versuchen mehr Menschen politische Entscheidungen durch Proteste zu beeinflussen und weniger durch Mitarbeit in Parteien?

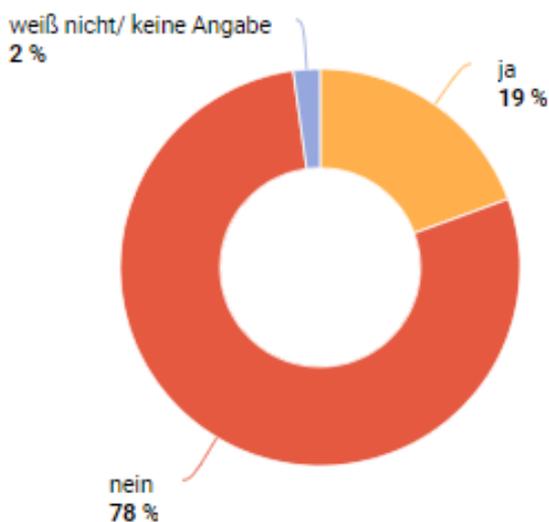


Knapp jede und jeder Fünfte hat dieses Jahr bereits an einer Demo teilgenommen

Das Jahr 2024 startete mit einer Welle an bundesweiten Protesten und Demonstrationen. Dies spiegelt sich auch in den Befragungsergebnissen wieder.

Nach nur wenigen Wochen seit dem Jahreswechsel beteiligten sich bereits 19 Prozent der Befragten aus der MDRfragt-Gemeinschaft in diesem Jahr an einer der Demonstrationen. 78 Prozent beteiligten sich bis zum Befragungszeitpunkt an keiner der Demonstrationen oder Protestaktionen in 2024.

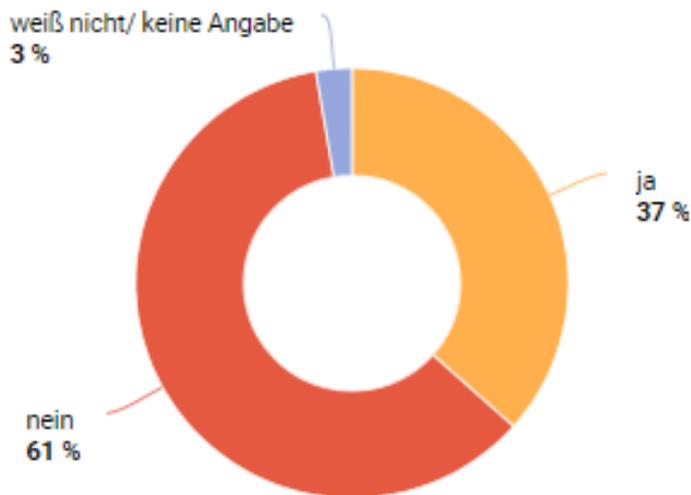
Frage: In diesem Jahr gab es hier bei uns und außerhalb von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen schon viele Versammlungen und Protest-Aktionen. Bauern, Handwerker und Spediteure waren auf der Straße, ebenso Mitglieder der "Letzten Generation". Menschen haben gegen Rechtsextremismus demonstriert. Auch Friedensdemonstrationen und Solidaritätskundgebungen gab es immer wieder. Waren Sie in diesem Jahr bereits auf einer Demonstration?



37 Prozent haben sich in den vergangenen fünf Jahren einem Protest angeschlossen

61 Prozent haben sich in den vergangenen fünf Jahren weder an einer Protest-Aktion noch an einer Demonstration beteiligt. 37 Prozent der Befragungsmitglieder haben wiederum mindestens ein Mal mitdemonstriert oder anderweitig protestiert.

Frage: Wenn Sie 2024 ausklammern: Haben Sie in den vergangenen fünf Jahren mindestens ein Mal an einer Demonstration oder Protest-Aktion teilgenommen?



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 19.01.24 – 23.01.24 stand unter der Überschrift:

Demos und Proteste – was machen die mit unserer Gesellschaft?

Insgesamt sind bei MDRfragt 67.471 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 23.01.2024, 13:00).

33.677 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	435	Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	5.044	Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	14.018	Teilnehmende
65+:	14.181	Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	17.500	(52,0 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	8.026	(23,8 Prozent)
Thüringen:	8.152	(24,2 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	14.595	(43,3 Prozent)
Männlich:	18.987	(56,4 Prozent)
Divers:	96	(0,3 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.